

Aktuelle Stunde

auf Antrag der Fraktion der PIRATEN

Überwachung löst keine Probleme - Sofortprogramm zur Deradikalisierung starten

Am 22. Januar 2015 gab Innenminister Jäger im Rahmen einer Presseerklärung ein Sofortprogramm zur personellen Verstärkung von Polizei und Verfassungsschutz bekannt. Zusätzliche Beamte sollen in den Dienststellen des polizeilichen Staatsschutzes ab sofort ermittelt, ebenso ist der Ausbau von Fahndung und Observation vorgesehen. Neben umfangreichen Schilderungen über die Ausgestaltung des Konzepts zur Erweiterung der nordrhein-westfälischen Sicherheitsbehörden heißt es in nur einem einzigen Satz: „Außerdem soll die Präventionsarbeit gestärkt werden“. Weitere Ausführungen zu Aufklärungs- und Unterstützungsangeboten wurden nicht gemacht. Damit fehlen dem Sofortprogramm der Landesregierung jedoch entscheidende Elemente, die umgehend ergänzt werden müssen.

Nach den Mordanschlägen gegen die Redaktion des französischen Satiremagazins Charlie Hebdo und den mutmaßlichen Anschlagsvorbereitungen in Belgien wird auch in Deutschland und in NRW viel über das „Gefährdungsrisiko“ durch Islamisten gesprochen. Nach Einschätzung von Innenminister Jäger sei dieses „sehr viel konkreter geworden“ und die größten Gefahren bestünden durch Rückkehrer aus Syrien und dem Nord-Irak.

Nach letzten bekannten Zahlen (Unterrichtung der Landesregierung v. 21.10.2014, Drucksache 16/2301) sollen seit 2012 über 140 Personen aus NRW in Richtung Syrien ausgewandert sein, „mutmaßlich mit dem Ziel, sich dort auf Seiten einer terroristischen Vereinigung am ‚Jihad‘ gegen das Assad-Regime zu beteiligen“. In einem Bericht der Landesregierung an den Innenausschuss am 28.08.2014 wird eine Zahl von 28 Rückkehrern genannt. In aktuellen Presseberichten heißt es „Minister Jäger geht von 40 gewaltbereiten Rückkehrern aus Syrien in NRW aus“ (NRZ v. 17.01.2015). Diese sind laut Angaben von Innenminister Jäger „ganz besonders im Visier“ der Sicherheitsbehörden.

Dazu hat bereits im August vergangenen Jahres das „International Centre for the Study of Radicalisation“ am King's College in London eine Untersuchung veröffentlicht, die feststellte, dass sich Rückkehrer aus Kriegsgebieten oft erst nach ihrer Rückkehr radikalisieren und vor allem dann, wenn sie keine Perspektive für einen Platz in der Gesellschaft für sich sehen und ständig von Sicherheitsbehörden überwacht und verfolgt werden.

Datum des Originals: datum/Ausgegeben: datum

Als maßgebliche Erkenntnis nach über 1.000 international untersuchten Fällen wurde herausgestellt, dass einer von neun Rückkehrern weiter an terroristischen Aktivitäten beteiligt war. An einem konkreten Anschlagversuch war einer von 50 Rückkehrern beteiligt. Der weit größere Teil der Menschen möchte keinen Kontakt mehr zu dem Umfeld, aus dem heraus sie in den Krieg gezogen sind. In vielen Fällen waren sie desillusioniert, traumatisiert oder einfach müde. Oft wurde auch genannt, dass sich die erlebte Realität extrem von dem unterschieden hätte, was sie nach der Propaganda erwartet hätten.

Vor dem Hintergrund der wissenschaftlichen Ergebnisse und deren Konsequenzen für die Sicherheitspolitik des Landes muss sich der Landtag Nordrhein-Westfalen mit diesem Thema im Rahmen einer Aktuellen Stunde beschäftigen. Dahingehend muss der Landtag diskutieren, ob die von der Landesregierung vorgeschlagene Ausweitung der Überwachungsmaßnahmen geeignet ist, ob muslimische Verbände ausreichend bei der Prävention eingebunden werden, ob nicht Perspektivlosigkeit und Repressionsmaßnahmen einen Nährboden für Radikalisierung darstellen und ob nicht Integrations- und Deradikalisierungsmaßnahmen für mehr Sicherheit sorgen können.

Dr. Joachim Paul

Marc Olejak

Frank Herrmann

und Fraktion